

**An  
Deutscher Berufsverband für Pflegeberufe  
Nordost e.V. Region Berlin, Brandenburg, Mecklenburg Vorpommern  
Kreuzstraße 7  
14482 Potsdam**

10. Juni 2009

## Antworten für die Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2009

### Wahlprüfstein 1: Zur Pflegeinitiative Brandenburg

**Wie wollen Sie sichern, dass die Ergebnisse der Pflegeinitiative Brandenburg nicht verpuffen?**

#### **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Es ist sehr sinnvoll, wenn die Ergebnisse der Pflegeinitiative Brandenburg „Später beginnt jetzt“, in der weiteren Arbeit zur Überprüfung von Pflegequalität ihre Berücksichtigung finden. Aus der Sicht von Bündnis 90/Die Grünen ist es sehr zu begrüßen, dass die „Qualitätsgemeinschaft Pflege“ (QgP) der LIGA der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege im Land Brandenburg unter der Koordination des Vorstandsvorsitzenden des PARITÄTISCHEN, Landesverband Brandenburg e.V. die Ergebnisse der Pflegeinitiative Brandenburg der Landesregierung aufgreift und weiter entwickelt.

**Werden Sie ein Nachfolgeprojekt initiieren?**

#### **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Ein Nachfolgeprojekt ist ja durch die „Qualitätsgemeinschaft Pflege“ bereits vorhanden. Die QgP wird jedoch weiterhin breite Unterstützung benötigen, um Pflege als ein generationsübergreifendes Projekt in der Gesamtgesellschaft zu etablieren. Hier darf aus der Sicht von Bündnis 90/ Die Grünen, weder an qualifiziertem Personal noch an Kosten für die Ausstattung dieser anspruchsvollen Arbeit gespart werden.

**Welche Themenschwerpunkte und Versorgungsbereiche halten Sie hier für besonders wichtig?**

#### **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Grundsätzlich begrüßen Bündnis 90/Die Grünen, die gegenwärtig verhandelten Weiterentwicklungen von Betreuungs- und Wohnformen, wie sie im neuen Gesetzesentwurf des Gesetzes über das Wohnen mit Pflege und Betreuung (Brandenburgisches Pflege- und Betreuungsgesetz; BbgPBWoG) vorgesehen sind. Aufgrund der Komplexität des Themas Pflege, sollte zukünftig weit deutlicher aufgezeigt werden, wie in Brandenburg dieser Bereich betrachtet und organisiert wird. In Pflegeheimen, in der Altenbetreuung und in Behinderteneinrichtungen ist es erforderlich, Qualitätssicherungsstandards zu entwickeln, ein Qualitätssicherungssystem zu etablieren und die Einhaltung dieser Standards öffentlich zu kontrollieren. Dieses regelmäßig aktualisiertes System sollte auch für Betroffene, Angehörige und Fachleute stets einsehbar und nachvollziehbar sein. Das neue BbgPBWo-Gesetz wird von Bündnis 90/Die Grünen als ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung begrüßt.

Einige Mängel und Kritik sind jedoch noch vorhanden und wir hoffen darauf, dass im weiteren Gesetzgebungsverfahren und in den Ausführungsbestimmungen zum BbgPBWoG diese Anregungen noch ausreichend berücksichtigt werden.

Dazu gehören folgende Aspekte und Kritikpunkte:

- Die Vielzahl verwendeter Rechtsbegriffe im Zusammenhang mit der Definition von Wohnformen für ältere, pflegebedürftige oder auch behinderte Menschen ist zu unbestimmt. Diese eröffnen der zuständigen Behörde einen sehr weiten Ermessensspielraum. Offen bleibt dadurch, welche Anforderungen der Leistungsanbieter erfüllen muss, um die Vermutungstatbestände, die grundsätzlich begrüßt werden, zu widerlegen.
- Es fehlen auch Rechtsverordnungen, die im § 9 die Fachkraftquote von wenigstens 50 % und (je nach konzeptioneller Ausrichtung) mögliche Ausnahmen regeln sollen.
- Kommunalen Behörden sollten nicht als zuständige Behörde festgelegt werden. Das ist gerade vor dem Hintergrund schwierig, weil auch die Kommunen für die Umsetzungen der Leistungen im SGB II, XI und XII zuständig sind.
- Die Verknüpfung zu anderen Gesundheitsgesetzen, die sich gegenwärtig im Land Brandenburg im Gesetzgebungserfahren befinden, oder in der Phase der Erstellung der Ausführungsbestimmungen sind, ist noch nicht ausreichend nachvollziehbar und transparent gestaltet. (z.B. Brandenburgische Krankenhaus- und Pflegeheimverordnung)

Der vorliegende Gesetzesentwurf trifft auch keine Aussagen darüber, wer die finanziellen Folgen des Gesetzes für die Kommunen tragen soll.

### **Wahlprüfstein 2: Berufsordnung**

**Werden Sie für das Land Brandenburg eine „Berufsordnung für professionell Pflegende“ erlassen, wie in Bremen und im Saarland bereits geschehen?**

#### **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Eine Qualitätsoffensive in der Betreuung und der Pflege wird grundsätzlich von Bündnis 90/Die Grünen begrüßt. Natürlich können wir im weiteren Austausch mit den Fachverbänden auch eine Berufsordnung thematisieren. Dazu ist jedoch eine umfassende Debatte notwendig, um genau festzulegen, welche Kriterien in dieser Berufsordnung festgelegt werden sollten, damit der Berufsstand dadurch aufgewertet wird. Eine zukünftige Landtagsfraktion der Brandenburger Bündnis 90/Die Grünen kann dieses Thema zum Bestandteil einer öffentlichen Anhörung im Landtag machen und somit im Parlament eine ausführliche Debatte anstoßen.

### **Wahlprüfstein 3: Pflegekammer**

**Wie werden Sie für das Land Brandenburg die Verkammerung der Pflegeberufe vorantreiben?**

#### **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Eine Verkammerung von Pflegeberufen ist derzeit eher kontraproduktiv und überflüssig. Auch im Superwahljahr 2009 bleibt zu hoffen, dass die politischen Entscheidungsträger dieser Forderung nicht nachgeben. Zumal vernünftige Gründe bestehen und verschiedene Analysen darauf hinweisen, dass viele damit verbundene Forderungen auch in eigener Regie der Verbände verwirklicht werden können.

### **Wahlprüfstein 4: Fachkraftquote**

**Werden sie sich für den Erhalt der bestehenden Fachkräftequote von mindestens 50 % einsetzen oder sogar deren Erhöhung aktiv fördern?**

#### **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Wie bereits bei den Themenschwerpunkten im ersten Wahlprüfstein erwähnt, wollen wir uns dafür einsetzen, die bestehende Fachkräftequote von mindestens 50% einzuhalten und wenn möglich schrittweise noch auszubauen. Gerade vor dem Hintergrund der zunehmenden Verantwortung für die Berufsgruppen der Pflegeberufe, ist eine Absenkung der Fachkräftequote nicht hinnehmbar.

**Wie stellen Sie sich zur Vergütungsstruktur der beruflich Pflegenden im Land – werden Sie sich für eine Anhebung der Gehälter einsetzen, um die Abwanderung gut qualifizierter Pflegekräfte nachhaltig zu verhindern?** und

**Wie stehen Sie zum Mindestlohn im Pflegebereich?**

### **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Bündnis 90/Die Grünen wollen endlich einen gesetzlichen, allgemeinen Mindestlohn einführen, damit sich die Arbeit auch für Geringverdiener, sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Pflege, zukünftig wieder lohnt. Die Höhe muss so bemessen sein, dass man von dem Einkommen leben kann, ohne auf Transferleistungen angewiesen zu sein. Mindestlöhne sorgen für Fairness und Sicherheit. Sie verhindern Armut trotz Arbeit und dienen überdies der Geschlechtergerechtigkeit, da 70% der Niedriglohnempfänger Frauen sind.

Darüber hinaus unterstützen wir alle Initiativen zur Stärkung der Flächentarifverträge und der Tarifautonomie. Auch in Brandenburg sollen zukünftig nur Unternehmen, die verbindlich erklärte Tariflöhne bezahlen, öffentliche Aufträge erhalten. Dazu ist endlich ein rechtswirksames Vergabegesetz einzuführen, das u.a. für relevante Branchen wie beispielsweise Bau, Gebäudereinigung, Gebäudedienstleistungen, ÖPNV oder Sicherheit und Bewachung soziale und ökologische Vergabekriterien vorschreibt und spürbare Sanktionen vorsieht. Wir unterstützen alle europarechtlichen Bestrebungen, in Zukunft auch die örtliche Tarifbindung von Vergabegesetzen zu ermöglichen und alle bundesgesetzlichen Initiativen für eine in der Zwischenzeit wirkungsvolle und lückenlose Mindestlohnregelung

### **Wahlprüfstein 5: Pflegebildung**

**Werden Sie im Land Brandenburg die Einbindung der Pflegeausbildung in das Berufsbildungssystem befürworten?**

und

**Wie werden Sie die Finanzierung der Pflegeausbildung mittel- und langfristig sicherstellen?**

und

**Wie gedenken Sie im Land Brandenburg die Anhebung der Pflegeerausbildung auf Hochschulniveau hochschulrechtlich umzusetzen?**

### **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

**Pflege braucht Qualifikation:** Die Einbindung der PflegerInnen-Ausbildung in das Berufsbildungssystem würde bedeuten, dass die Zugangsvoraussetzungen für den Beruf der Gesundheits- und Krankenpflege auf ein Schulniveau mit niedrigeren Abschlüssen abgesenkt werden. Bündnis 90/Die Grünen wollen dies auf Bundesebene, aber auch in Brandenburg nicht unterstützen. Begründet wird der Vorschlag, mit den in den kommenden Jahren zu erwartenden Folgen der demografischen Entwicklung und daraus folgendem Personalmangel im Pflegesektor. Auch wenn die Problematik durchaus teilweise nachvollziehbar ist, halten wir eine Absenkung des Qualifikationsniveaus für die Fachpflegeberufe nicht für sinnvoll. Mit einem solchen Begehren wird unserem Erachten nach die quantitative Seite des Problems zu einseitig und vor allem zulasten der Qualität beleuchtet.

Es werden in den kommenden Jahren aufgrund verschiedener Entwicklungen auch andere Dienstleistungsbereiche für hilfe- und pflegebedürftige Menschen entstehen (müssen), für die es ebenso bedeutsam sein wird, Personal zu gewinnen und zu binden. Die alleinige Fixierung auf das leichtere Gewinnen von mehr Pflegefachkräften wird zukünftig nicht ausreichen, da Pflegefachkräfte allein die Versorgungserfordernisse einer älter werdenden Bevölkerung und differierender Bedarfe nicht mehr decken können. Ziel muss zukünftig vielmehr eine Art Helfer-Mix und Personal-Mix sein, für die unterschiedliche Qualifikationen erforderlich sind.

Bündnis 90/Die Grünen wollen selbstverständlich, dass auch Schülerinnen und Schüler der Schulen mit niedrigeren Abschlüssen, die Möglichkeit erhalten, sich im breiten Berufsfeld Pflege zu qualifizieren. Dies setzt ein durchlässiges und abgestuftes Ausbildungssystem voraus. JedeR soll die Chance bekommen, ihre/seine Qualifikation ohne bürokratische Hürden zu erweitern. Bewerberinnen und Bewerber mit niedrigerem Schulabschluss ist es bereits heute möglich nach einer Pflegehelfer-Ausbildung, oder in einigen Bundesländern nach einer Pflegeassistenten-Ausbildung, in die nächst höhere Ausbildungsstufe zu wechseln und bereits absolvierte Ausbildungszeiten anteilig anerkennen zu lassen. Dieses System passt zu dem für die Zukunft nötigen Helfer-Personal-Mix – und das wollen wir erhalten und ausbauen.

Die zunehmende Ausdifferenzierung des Berufsfeld der Gesundheits- und Krankenpflege und anspruchsvoller werdende Ausbildungsinhalte zielen inzwischen auf ein hohes Maß an fachlicher Kompetenz und Verantwortung. Dies spricht für eine weitere Professionalisierung auch durch eine Akademisierung des Berufsfeldes. Darüber hinaus rangiert Deutschland im europäischen Vergleich schon heute auf den hinteren Plätzen hinsichtlich des Zugangsniveaus zur Pflegeausbildung. In den meisten europäischen Staaten ist diese bereits an Fachhochschulen angesiedelt. Eine Anhebung der Pflegeausbildung auf Hochschulniveau würde sich auch im Hinblick auf die Arbeitnehmerfreizügigkeit für deutsche Krankenpflegekräfte innerhalb der EU als deutliche Verbesserung bemerkbar machen, weil die Qualifikationsniveaus zwischen den Ländern besser vergleichbar sind. Außerdem zeichnet sich der Trend ab, dass die Anforderungen an Pflegekräfte in den kommenden Jahren weiter steigen werden. Es handelt sich um neue Aufgabenfelder, die sich u. a. aus dem veränderten Krankheitspanorama, und aus dem Älterwerden unserer Gesellschaft ergeben und dabei eine Ausweitung der Handlungs- und Entscheidungskompetenz von Pflegefachkräften mit sich bringen. Empirische Befunde zeigen: Das Qualifikationsniveau steht im untrennbaren Zusammenhang mit der Qualität der gesundheitlichen und pflegerischen Versorgung.

Nicht zuletzt erste Erkenntnisse aus Modellprojekten zu neuen Ausbildungsstrukturen in der Alten- und Krankenpflege zeigen, dass es zukünftig einen Trend von Kompetenzunterschieden auf den differierenden Qualifikationsstufen geben wird. Die heutige dreijährige Pflegeausbildung wird sich verändern, und sie wird sich auf verschiedene Stufen verteilen.

All diese Aspekte sprechen aus unserer Sicht überzeugend gegen eine Absenkung des Qualifikationsniveaus für den Zugang zur Krankenpflegeausbildung und für den Erhalt des durchlässigen, abgestuften Ausbildungssystems und die Entwicklung einer pflegebezogenen Ausbildung auf Hochschulniveau. Dafür sind Fachhochschulen mit ihrer Ausrichtung auf eine berufsorientierte Qualifikation mit wissenschaftlicher Basis und starken praktischen Anteilen die richtige Institution.

**Welche Standpunkte vertreten Sie in Bezug auf die Neu- Allokation der beruflichen Aufgaben zwischen Medizin und Pflege?**

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Hinter der Verteilung von Brandenburgs knappen Gütern stehen auch immer Wertentscheidungen und Prioritätenfestlegungen. Gesundheit ist ein existenzielles Gut und muss fair verhandelt werden. Nur wenn diese Neu-Rationierung der Mittel und Aufgaben fair, verantwortungsvoll und transparent geschieht, bietet sie die Möglichkeit Entwicklungen in den Hierarchien und den Arbeitsumfeldern zu verbessern. In den Pflegeberufen liegen große Potentiale, ohne deren Ausschöpfung zukünftigen Herausforderungen, wie die Versorgung der wachsenden Zahl pflegebedürftiger und chronisch kranker Menschen, sowie die wachsende Zahl dementiell erkrankter Personen, kaum bewältigt werden kann. Allein aus diesem Grund sollte es um weit mehr gehen, als um eine rein zahlenmäßige Beurteilung der Aufgaben und zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel.

---

**STAND: Juni 2009**